



Erneuerbare Energien, Energieeffizienz und Biodiversität

Jahres-Pressekonferenz der GRÜNEN Thurgau

Freitag, 25. Februar 2022, Eisenwerk, Frauenfeld

Themen und Teilnehmende

Begrüssung

Kurt Egger, Präsident GRÜNE Thurgau

Energie und Klima

Simon Vogel, Co-Präsident Junge Grüne, Kantonsrat

Biodiversität in Stadt und Land

Kurt Egger, Präsident GRÜNE Thurgau

Mobilität / Verkehr

Didi Feuerle, Vize-Fraktionspräsident, Stadtrat, Kantonsrat

Finanzen

Sandra Reinhart, Fraktionspräsidentin, Stadträtin, Kantonsrätin

Energie und Klima, Junge Grüne Thurgau

Simon Vogel, Kantonsrat Grüne, Co-Präsident Junge Grüne Thurgau

Thurgau nicht auf Kurs

Während der letzten zwei Jahre ging die Klimakrise und die Energiewende fast etwas vergessen. Wir sind mittlerweile im Jahr 2022 und die CO₂-Werte in der Atmosphäre erreichen neue Höchstwerte. Die Schweiz und auch der Kanton Thurgau stehen vor der grossen Aufgabe und in der Pflicht bis 2030 deutliche Reduktionen der Treibhausgasemissionen zu erreichen. Mit dem Energiekonzept 2030 hat sich der Thurgau minimale Ziele gesetzt. Beim aktuellen Tempo ist es aus unserer Sicht jedoch fraglich, ob diese Ziele auch erreicht werden. So muss im Bereich der Brennstoffe der Verbrauch auf 1600 GWh gesenkt werden, von 2700 GWh im Jahr 2019. Dies entspricht einer Reduktion von 110 GWh pro Jahr. Das Förderprogramm deckte in den letzten Jahren nur 50 – 60 GWh in diesem Bereich ab. Dies ist aus unserer Sicht klar zu wenig. Das Förderprogramm muss ausgebaut, Gebäudesanierungen und Heizungsersatz verstärkt werden und der Neubau von fossilen Heizungen nur noch in Ausnahmefällen bewilligt werden.

Solar-Potenzial vorhanden

Mit der Abkehr von fossilen Brennstoffen rückt die Produktion von erneuerbarer Energie ins Zentrum. Wir haben es in der Hand die oft beschworene Strommangellage aktiv zu verhindern in dem wir jetzt in erneuerbare Anlagen investieren. Die Dächer des Kanton Thurgau bergen ein Potential von über 1400 GWh (Verbrauch TG aktuell 1600 GWh), wenn wir die Fassaden noch dazunehmen ergeben sich über 2000 GWh. Dies jeweils wenn wir zusätzlich auch noch Platz für Solarwärme lassen. Für uns GRÜNE ist klar: Auf neue Dächer und grosse Industriebauten gehören Solaranlagen. Eine entsprechende Motion ist im Grossen Rat hängig und wird von den GRÜNEN unterstützt werden. Aus unserer Sicht ist auch das EKT als kantonales Energieunternehmen in der Pflicht hier stärker in erneuerbare Anlagen investieren. Wir schlagen vor, dass der Kanton einen Rahmenkredit zur Verfügung stellt mit dem das EKT und die Energieversorgungsunternehmen in den nächsten Jahren PV-Anlagen bauen. Dank den Erträgen aus dem Solarstromverkauf fliesst ein grosser Teil des Kredits wieder zurück und könnten reinvestiert werden. Mit einem Kredit in der Höhe von z.B. 50 Millionen Franken könnten bis 2030 20% des angestrebten Zubaus erreicht werden. Das alles genügt noch nicht. Es muss allgemein mehr investiert werden und die Investitionen müssen sich auch ohne Eigenverbrauch lohnen. Der Regierungsrat hat mit seinem Förderprogramm für grosse Solaranlagen hier einen ersten Schritt gemacht, jedoch reichen die vorgeschlagenen 300 Fr pro kWp mit einem Rahmen von 1.2 Mio Franken gerade einmal für 4 GWh Zubau jährlich und es muss sich zeigen ob die 300 Fr pro kWp ausreichen.

Effizienzmassnahmen

Neben dem Ausbau der erneuerbaren h dürfen Effizienzmassnahmen nicht vergessen werden. Jede nicht verbrauchte kWh-Energie muss gar nicht erst produziert werden. Ein wesentlicher Einsparpunkt sind Elektroheizungen und Elektroboiler, welche durch wesentlich effizientere Lösungen ersetzt werden können. Dies spart gerade im Winterhalbjahr zusätzliche Energie. Hier hat der Kanton Thurgau bereits Regelungen verankert. Ein grosses Potenzial für Energieeinsparungen sehen wir auch bei den Unternehmen. Der Kanton Thurgau könnte die Grenzwerte für den Elektrizitätsbedarf für Beleuchtung, Lüftung und Kälte auf mehr Unternehmen ausdehnen.

Umwelt und Klima stehen im Sorgenbarometer der Bevölkerung ganz oben. Wir Grünen setzen uns seit jeher für diese Themen ein - sie gehören zu unseren Kernanliegen. Auf politischer Ebene müssen die Themen Energie und Klima in den kommenden Jahren eng begleitet werden, weshalb wir die Motion für eine Ständige Kommission „Energie & Klima“ von unserer Kantonsrätin Karin Bétrisey unterstützen.

Junge Grüne Thurgau

Wir Jungen Grünen engagieren uns mit unserer nationalen Umweltverantwortungs-Initiative dieses Jahr für mehr Verantwortung gegenüber Klima und Umwelt. Die Initiative will die Planetaren Grenzen in der Verfassung verankern und eine Wirtschaft fordern, welche innerhalb der Grenzen unserer Umwelt arbeitet. Ein weiterer wichtiger Punkt ist die Frontex-Abstimmung im Mai, wo sich die Schweiz für ein solidarisches Europa und gegen Menschenrechtsverletzungen an den Aussengrenzen aussprechen kann.

Biodiversität in Stadt und Land

Kurt Egger, Präsident GRÜNE, Nationalrat

Biodiversitäts- und Klimakrise

Die Biodiversitäts- und die Klimakrise sind mittelfristig die bedeutendsten Krisen, die wir zu bewältigen haben.

Die Biodiversität nimmt dramatisch ab. Von den Tier- und Pflanzen-Arten (10'702) gelten 35% als gefährdet, weitere 11% als potenziell gefährdet. Gemäss den Roten Listen sind 60 Prozent der Insektenarten gefährdet. Am stärksten betroffen sind die Insekten des Landwirtschaftsgebietes und der Gewässer. Seit 1990 sind die Bestände der insektenfressenden Vögel im Kulturland um 60 Prozent gesunken. **Der Kanton Thurgau ist mit der intensiven Landwirtschaft** (überdurchschnittlich Tierbestände und Gemüse-/Obstkulturen) **und den zu hohen Stickstoffeinträge besonders vom Biodiversitätsverlust betroffen**. Das bestätigt auch die Thurgauer Fachstelle Natur (TZ vom 29.04.2021): «So ist die Artenvielfalt der Pflanzen in Bauzonen am höchsten – höher als im Wald und deutlich höher als in der Landwirtschaft. Dass viele seltene Arten noch seltener werden, ist allerdings besorgniserregend.»

Die GRÜNEN TG unternehmen Anstrengungen, um die Biodiversität auf dem Land und in den Siedlungsgebieten zu erhöhen.

Kantonale Volksinitiative «Naturnahe Landwirtschaft»

Die GRÜNEN arbeiten an einer Volksinitiative zur Änderung des Landwirtschaftsgesetzes. Darin soll verankert werden, dass der Kanton einen Aktionsplan für einen quantitativen und qualitativen Bodenschutz erarbeitet und periodisch aktualisiert und Massnahmen zur Förderung der standortangepassten, bodengebundenen biologischen Landwirtschaft trifft. Ebenso sollen der Absatz von regionalen, biologisch und klimaschonend produzierten Lebensmitteln gefördert werden.

Die Massnahmen sollen dazu führen, dass der Anteil jener Flächen an der Landwirtschaftlichen Nutzfläche, auf denen biologische Lebensmittel produziert werden, bis 2035 verdoppelt wird (heute 13%). Das Ziel soll vor allem mit nachfragebezogenen Aktivitäten erreicht werden: Förderung der Direktvermarktung (z.B. Hofläden), Entwicklung eines Kennzeichnungssystems für regionale Produkte oder die Sicherstellung des direkten Kontakts zwischen Landwirtschaftsbetrieben und Konsumentinnen und Konsumenten (z.B. Plattformen). Im Sinne der Vorbildwirkung sollen Konzepte für mehr Bioprodukte in der Gemeinschaftsgastronomie (Betriebe, Bildung, Pflege, Gesundheit) entwickelt werden.

Biodiversität im Siedlungsgebiet

Initiative Biodiversität Thurgau: Es brauchte eine Volksinitiative (initiiert von den GRÜNEN mit Partnern) mit mehr als 5'000 Unterschriften bis das Anliegen mehrheitsfähig wurde. Am 17. Juni 2020 hat der Grosse Rat auf Empfehlung der Regierung die Initiative mit 88:5 Stimmen gutgeheissen. Erfreulicherweise schlägt nun die Regierung einen neuen Fonds mit einer Ersteinlage von 12 Mio Franken vor und arbeitet am Aktionsplan Biodiversität.

Auch im Siedlungsgebiet muss die Biodiversität erhöht werden. Bäume spielen eine wichtige Rolle. In den letzten 50 Jahren ist die Anzahl der Bäume (inkl. Landwirtschaft) um 80% gesunken und sie sinkt weiter um jährlich 1.5%. Sie sind sowohl für die Biodiversität als auch für das Klima (hitzemindernd, CO₂-Senke, Aufenthaltsqualität) wichtig. Ein ausgewachsener Baum bindet Kohlenstoff, welcher einer Tonne CO₂ entspricht.

Aktuell ist im Grosse Rat eine Motion unter dem Lead der GRÜNEN hängig, welcher den Baumbestand im Siedlungsraum schützen und erhöhen will. **Die Anzahl der Bäume sollte in den nächsten Jahren mindestens verdoppelt werden.** Ebenso überlegen sich die GRÜNEN eine Änderung des PBG, damit «Massnahmen zur Förderung der Biodiversität und zur Verbesserung des Klimas im Siedlungsraum» im Baureglement der Gemeinden aufgenommen werden müssen.

Verkehr

Didi Feuerle, Kantonsrat GRÜNE TG, Stadtrat

Gemäss den aktuellen Verkehrsprognosen des Bundes (UVEK) wächst der Verkehr bis 2050 insgesamt weniger stark als die Bevölkerung. Dies unter anderem wegen der demografischen Entwicklung mit weniger Pendlerströmen, zunehmender Urbansierung und dank vermehrtem Homeoffice. Zunehmen wird jedoch der Lieferwagenverkehr und der Freizeitverkehr.

Um die Klimaziele zu erreichen, spielt der Verkehr eine wichtige Rolle und muss dringend „dekarbonisiert“ werden.

Velorouten

Dazu muss der Langsamverkehr deutlich wachsen und bald einen beachtlichen Anteil am Gesamtverkehr erreichen. Das ist vor allem auch in den urbanen Gebieten nötig und möglich, da dort die Wege kurz sind. Alle unsere Thurgauer Städte haben das Potenzial Velostädte zu werden.

Um dies zu erreichen sind attraktive, sichere und hindernisfreie Velorouten und Velo-Schnellrouten zentral. Die kantonale Fachstelle Langsamverkehr muss dringend personell verstärkt werden. Nebst der Bearbeitung der kantonseigenen Projekte soll die Fachstelle auch in der Lage sein, die Gemeinden und Städte innert nützlicher Frist fachlich zu unterstützen.

Der Thurgau ist immer noch ein „Autokanton“...

Um von den Verbrennungsmotoren weg zukommen braucht es auch mehr Elektro-Ladestationen. Die kantonale Förderung soll hier weiter ausgebaut werden.

Dazu braucht es mehr kombinierte Mobilität respektive Car-Sharing Angebote. Für grössere Strecken den ÖV benutzen und anschliessend in abgelegene, „ÖV-lose“ Gebiete das Elektroauto nehmen, das ist das Motto der Zukunft!

Tempo 30

Tempo 30 soll weiter ausgebaut werden und neu gibt es auch sogenannte Tempo 30 Strecken, die schneller und ohne grosse bauliche Veränderungen umgesetzt werden könnten. Das schafft innerorts eine grössere Verkehrssicherheit und senkt den Lärmpegel, was auch das Velofahren angenehmer machen würde. Apropos Lärmpegel: Es erstaunt mich, wie hilflos die Kantonspolizei ist, um die Autoposer aus dem Verkehr zu ziehen. Hier herrscht dringender Handlungsbedarf. Die Grünen sind hier für einen deutlich grösseren Effort und fordern die Regierung auf der Kantonspolizei den entsprechenden Auftrag zu erteilen. Dazu ist die „Sau“-Mode nicht zu blinken, mit dem Handy am Ohr Auto zu fahren oder die Höchstgeschwindigkeit nicht einzuhalten auch weit verbreitet... Und ja, es gibt auch Velorowdys, die gebüsst gehören.

Jetzt noch ein paar Worte zur BTS:

Da die Rechnung ohne den Wirt (Bund) gemacht wurde ist es jetzt definitiv Zeit, der Realität in die Augen zu schauen. Der Bund wird im Thurgau in den nächsten 20 Jahren keine 1.7- 2 Milliarden Franken für eine 33 km lange Schnellstrasse investieren.

Das heisst es braucht Alternativen beziehungsweise einen Plan B; kurzfristig sowieso. Nebst den oben genannten Massnahmen müssen lokale Verkehrsoptimierungen gesucht werden, ebenso Alternativen für die Gütertransporte. Die GRÜNEN bieten Hand für Alternativlösungen wie beispielsweise kurze, lokale Umfahrungen und die Behebung von neuralgischen, gefährlichen Stellen.

Finanzen

Sandra Reinhart, Fraktionspräsidentin GRÜNE

Ausreichend Mittel für eine nachhaltige Entwicklung

Finanzpolitik ist eines der zentralen Themen der GRÜNEN - es stehen grosse Herausforderungen bevor, die nicht nur mit Ideen und Zielen umgesetzt werden können. **Es braucht ausreichend finanzielle Mittel, um die grossen Herausforderungen, die anstehen zu meistern**, um Massnahmen gegen den Biodiversitätsverlust zu treffen, um den Zubau der Erneuerbaren Energien sowie Massnahmen zur Reduktion von fossilen Brennstoffen ernsthaft zu unterstützen und um für die Gesellschaft und für die Wirtschaft eine nachhaltige Entwicklung zu ermöglichen.

Zwei Beispiele:

- Bereitstellen von finanziellen Mitteln für ein flächendeckendes Angebot an Krippenplätzen
Diese Investition dient der Wirtschaft und der Gesellschaft.
(keine Abwanderung qualifizierter Fachkräfte, Attraktivität wird für Familien gesteigert)
- Bereitstellen von ausreichend finanziellen Mitteln für den raschen Zubau von erneuerbaren Energien und zur Finanzierung von Massnahmen zur Reduktion der fossilen Brennstoffe.
Um die Netto-Null-Ziele zu erreichen, brauchen wir genügend finanzielle Mittel. Simon Vogel wird sich zum Thema Energie detailliert äussern.
Mit einer attraktiven Förderung könnten Pensionskassen und andere Investoren motiviert werden, ihre Gelder in erneuerbare Energien zu investieren anstatt in Betongold umzuwandeln. Gelder, die sie wegen der Negativzinsstrategie der SNB investieren müssen, um die Bezahlung von Negativzinsen zu vermeiden. Das Erstellen von Bauten, die an der Nachfrage vorbeizielern, treiben den Leerwohnungsbestand in die

Höhe und schafft zum Beispiel bei den Gemeinden neue Probleme - insbesondere auch finanzielle Probleme.

Schweizerische Nationalbank - Gewinnausschüttung

Die SNB bezahlt den Kantonen 2021 und 2022 wieder die maximal möglichen Summen aus. Für den Thurgau macht das jeweils einen Betrag von rund 130 Mio. Franken aus. Ein willkommenes Geschenk! Wir haben es aber bereits bei der Budgetberatung erwähnt, das sind volatile ausserordentliche Erträge, die auch ausserordentlich ausgegeben werden sollten. Wir brauchen einen stabilen Finanzhaushalt, der nicht auf diesen volatilen Zahlen aufbaut, sondern auf unserem Kerngeschäft beruht.

Die bürgerliche Mehrheit im Grossen Rat war anderer Meinung und hat aufgrund des Rekordergebnisses 2020 den Steuerfuss nicht nur um 5% wie vom Regierungsrat vorgeschlagen gesenkt, sondern um 8%. Wir GRÜNE fordern, dass keine solche Hüst und Hott-Steuerstrategien verfolgt werden.

Diese Zahlungen der SNB sind äusserst volatil - sie sind von den Erträgen der SNB abhängig. Deshalb sollen sie mit einem fixen Betrag budgetiert werden. Mehreinnahmen gehören in die Schwankungsreserve, um bei geringeren Erträgen wieder entnommen zu werden.

Keine Salamiaktik bei den Steuersenkungen

Die Salamiaktik bei den Steuersenkungen und -abschaffungen gibt es nicht nur auf Bundesebene. (Abstimmung vom 13.2.22 lässt grüssen - das Volk hat aber den Versuch der Bürgerlichen, wenige Grosskonzerne von der Abschaffung der Stempelsteuer profitieren zu lassen durchschaut und hat die Vorlage deutlich abgelehnt)

Auch im Kanton Thurgau reicht es den Bürgerlichen nicht, den Steuerfuss um 8% zu senken. Es sind bereits weitere Vorstösse eingereicht: die Liegenschaftsteuer soll abgeschafft werden. Mit der Abschaffung der Liegenschaftsteuer gehen dem Kanton 13.80 Mio. und den Gemeinden 18.30 Mio. Franken verloren. Dass dann ein Aufschrei der Gemeinden nach grösseren Anteilen an anderen Steuern (Grundsteuern) folgt, war eigentlich zu erwarten. Kann der Kanton sich aber die Abschaffung der Liegenschaftsteuern, die Abtretung eines grösseren Anteils an den Grundsteuern neben der von den Bürgerlichen erzwungenen Steuersenkung von 8% leisten?

Wir GRÜNE sind klar der Meinung: die sinkenden Steuereinnahmen durch die Salamiaktik der Bürgerlichen kann sich der Thurgau nicht leisten!

Wie eingangs erwähnt: die grossen Herausforderungen müssen ernst genommen werden und genügend Mittel für entsprechende Massnahmen zur Verfügung gestellt werden.

Sichere und stabile Finanzlage für den Thurgau ohne Risiken

Wir GRÜNE setzen uns weiter für eine solide Finanzlage des Kantons Thurgau ein, die nicht auf „Geschenken“ wie SNB-Gelder abstützt. Eine solide Finanzlage bedeutet auch ein stabiler Steuerfuss, was mit 109% nicht möglich ist. Eine Korrektur nach oben steht an. Eine solide Finanzlage bedeutet auch die Geschäftstätigkeiten der kantonalen Betriebe wie die Kantonale Gebäudeversicherung, die TKB oder die Spital Thurgau AG genau im Auge zu behalten.

Zum Beispiel zeigt, dass das Risiko einer Investition der Spital Thurgau AG in die Wäscherei in Pfaffnau nicht sorgfältig genug analysiert wurde. Auch wenn niemand ahnen konnte, dass die Coronapandemie eine völlig neue wirtschaftliche Voraussetzung bringen wird, ist die Investition in eine Wäscherei, die keine Aufträge für die Spital Thurgau AG erfüllt, sondern auf Tourismusbetriebe spezialisiert ist, einfach nicht vertretbar. Solche betriebsfremden Investitionen gehören nicht zu den Aufgaben eines Betriebes mit einer Staatsaufgabe.

Wir GRÜNE fordern eine sorgfältige Risikobewertung bei allen kantonalen Betrieben!